



Antrag

der Fraktionen von CDU und FDP

Bürgerbeteiligung im Bereich der erneuerbaren Energien

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstützt das von der Bundesregierung erarbeitete Konzept für einen Atomausstieg bis spätestens Ende 2022.
2. Der Landtag stellt fest, dass mit dem Ausstieg aus der Kernenergienutzung und der Hinwendung zu erneuerbaren Energien erhebliche Anstrengungen beim Ausbau der Energieinfrastruktur erforderlich sein werden. Es ist erkennbar, dass sowohl die Umsetzung von Großprojekten wie auch von Kleinvorhaben Konflikte verursachen können, die sich negativ auf die Akzeptanz der erneuerbaren Energien auswirken könnten. Dem müssen transparente Planungsverfahren und eine vorausschauende Informationspolitik für die Betroffenen Rechnung tragen.
3. Die Landesregierung wird gebeten, beim beschleunigten Umstieg auf erneuerbaren Energien durch eine frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung Streitfragen so weit wie möglich zu vermeiden. Hierfür sind rechtzeitige, offene und transparente Dialoge mit den Bürgerinnen und Bürgern ein geeignetes Mittel.
4. Für große Leitungsbauprojekte soll die Landesregierung Dialogforen einrichten, die entsprechend dem Dialogforum zur Fehmarnbeltquerung unter Leitung eines unabhängigen Mediators einen Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern mit den Projektbeteiligten auf Augenhöhe gewährleisten.
5. Für Angelegenheiten, denen keine überregionale Bedeutung zukommt, wird die Landesregierung außerdem gebeten, zu prüfen, inwieweit eine ehrenamtliche Ombudsstelle für Streitfragen im Bereich der erneuerbaren Energien ein-

gesetzt werden kann, die einen Anstieg von Streitfällen verhindern und langwierige Streitfragen abwenden soll. Ziel soll es sein, in diesem Fachbereich möglichst viele außergerichtliche Einigungen und Streitschlichtungen herbeizuführen, um eine Entlastung der Betroffenen, der Verwaltung sowie der Gerichte zu bewirken.

6. Über das Ergebnis der Prüfung soll die Landesregierung den Landtag bis Oktober 2011 unterrichten.

Werner Kalinka
und Fraktion

Oliver Kumbartzky
und Fraktion

Begründung:

Die gesteigerte Inanspruchnahme von Flächen durch Windkraftanlagen, durch Biogasanlagen samt zugehöriger Anbauflächen und Gülleproduktion, durch Solaranlagen und durch Stromtrassen führte bereits in der Vergangenheit zu Akzeptanzverlusten solcher Anlagen – insbesondere im nachbarschaftlichen Bereich. Bei einem Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie und bei einer Hinwendung zum Ausbau der erneuerbaren Energien wird sich diese Entwicklung fortsetzen und noch weiter steigern. Gerade auch für Schleswig-Holstein ist eine steigende Zahl von Streitfällen zu erwarten.

Der Trend zu einer notwendigen Nutzung erneuerbarer Energien soll nicht gefährdet werden. Dies bedeutet auch, berechnete Interessen der Bürger ernst zu nehmen und ihnen niedrigschwellige Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen, wo ansonsten Einigungen schwierig sind oder Rechtsstreitigkeiten drohen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Möglichkeiten einer einvernehmlichen Beilegung von Streitigkeiten auszubauen.

Ein Weg hierzu ist es, bei Großprojekten durch eine frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung Streitfragen zu vermeiden (Dialogforen) und auch im kommunalen Bereich die Möglichkeiten einer auf das Fachgebiet erneuerbare Energien spezialisierten ehrenamtlichen Ombudsstelle zu prüfen und erforderlichen Falles auch umzusetzen.